



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Januar 2021

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

um es gleich vorweg zu sagen: „Ja auch ich bin fassungslos bzgl. des Chaos zum Thema Corona-Impfung.“ Beginnen wir auf der europäischen Ebene: Der Grundgedanke in einer Pandemie innerhalb der Union gemeinsam zu handeln und einzukaufen, war und ist richtig. Aber offensichtlich ist die europäische Union selbst in einer Pandemiesituation nicht in der Lage schnell, entschlossen und ohne nationalstaatliche Vorteilssuche zu entscheiden. Die Bundesebene verliert ob der wiederholten Ankündigungen ausreichender Impfstoffmengen jeden Tag weiter an Glaubwürdigkeit. Und interessierte politische Kräfte beginnen, daraus ein Wahlkampfthema zu machen. Meines Erachtens werden daraus nur radikale Kräfte Vorteile ziehen. Dann kommen wir zur Landesebene, in der immer offensichtlicher wird, wo die Grenzen von Organisation und Umsetzung von öffentlicher Verwaltung liegen – Schleswig-Holstein nutzt erfolgreich einen externen Dienstleister, der in normalen Zeiten Konzertkarten über Online-Portale verkauft und offensichtlich ohne Probleme jetzt Impftermine organisiert. Und jetzt kommen wir zur positiven Ausnahme: Der Landkreisebene. Hier findet die ganze Pandemiebewältigung unmittelbar an und mit dem Bürger statt. Hier wird nach meiner Wahrnehmung eine tolle Arbeit geleistet und dennoch: Die Arbeit vor Ort kann immer nur so gut, so erfolgreich sein, wie seitens des Landes und der Impfstoffhersteller zugearbeitet wird. Hoffen wir, dass alle Verantwortlichen in den verschiedenen Ebenen möglichst schnell erkennen, dass Verantwortung tragen nicht nur eine Worthülse ist, sondern in einer Pandemie Verantwortung bedeutet, alles zu tun, was schnell und effektiv Leben rettet und in der Folge die wirtschaftlichen Schäden minimiert.



Kommunen können weiter in die Kinderbetreuung investieren

Landkreis Stade. Kurzfristig werden den Kommunen im Landkreis Stade 820.000 Euro für Investitionen in Kindergärten zur Verfügung stehen. Mit diesen Geldern können zusätzliche Plätze sowie Ausbau-, Umbau-, Sanierungs-, Renovierungs- und Ausstattungsmaßnahmen, wie z. B. Maßnahmen zur Umsetzung von Hygienekonzepten, zur Digitalisierung und zur Bewegungs- und Barrierefreiheit in Kindergärten umgesetzt werden. Hierauf weisen die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke hin. Die Mittel stammen aus dem 5. Bundesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2020-2021 und sind auf Grund bundesgesetzlicher Regelung bis zum 30.06.2021 zu binden. Der Entwurf der entsprechenden Förderrichtlinie ist auf der Internetseite des Kultusministeriums abrufbar. Anträge können vermutlich ab Ende März bzw. Anfang April gestellt werden. Die Antragsvorlagen werden bei Inkrafttreten der Richtlinie auf der Internetseite des Regionalen Landesbehörde für Schule und Bildung Hannover zum Download zur Verfügung stehen. „Insgesamt stehen damit in Niedersachsen 30 Millionen Euro für Investitionen in den Kindertagesstätten zur Verfügung“, erklärt Kai Seefried. „Hinzu kommen weitere 64,6 Millionen Euro für den wichtigen Bereich der Krippen und Kindertagespflege für Kinder unter 3 Jahren“, ergänzt Helmut Dammann-Tamke. Die Förderung im Krippenbereich erfolgt über die bekannte „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (RAT V). „Wir freuen uns und sind dankbar, dass auch durch die Unterstützung des Bundes die notwendigen Investitionen im Bereich der frühkindlichen Bildung weiter abgesichert werden können. Das Land Niedersachsen bekennt sich zu dieser Aufgabe und wird nach den bisherigen Planungen in diesem Jahr die Rekordsumme von über 1,6 Milliarden Euro in die frühkindliche Bildung investieren,“ so die beiden Abgeordneten. In Niedersachsen gibt es rund 5.600 Kindertageseinrichtungen, in denen zirka 332.000 Kinder betreut werden. Hinzu kommen knapp 24.000 Kinder, die bei Tagespflegepersonen in Betreuung sind. Die Betreuungsquote bei den Kindern unter drei Jahren liegt bei gut 33 Prozent, von den Kindern ab drei Jahren werden mit über 92 Prozent in einer Kindertageseinrichtung oder



der Kindertagespflege betreut. Hier geht es direkt zum Entwurf der neuen Förderrichtlinie für die Investitionen in Kindertagesstätten. <https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/anhorungsverfahren/entwurf-der-neuen-richtlinie-ikiga-196068.html>.

Dammann-Tamke und Bäumer: Ausweisung der Roten Gebiete nach Regionalisierungsverfahren – Datengrundlage muss kurzfristig bereitgestellt werden

Hannover. Vor dem Hintergrund der massiven Benachteiligung landwirtschaftlicher Betriebe, deren Flächen im Rahmen des aktuellen Verfahrens trotz jahrelanger grundwasserschonender Bewirtschaftung als nitratsensibles Gebiet ausgewiesen worden sind, hat die CDU-Landtagsfraktion ihre Kritik an der großflächigen immissionsbasierten Binnendifferenzierung erneuert und das zuständige Umweltministerium aufgefordert, die hierfür benötigte Datengrundlage bereitzustellen. „Unser Ziel ist und bleibt die verursachergerechte, regionalisierte Ausweisung der Roten Gebiete“, sagen die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Helmut Dammann-Tamke und Martin Bäumer.



Das aktuelle Verfahren entspreche diesem Ziel noch nicht, so Dammann-Tamke. „Für viele betroffene Landwirtinnen und Landwirte ist die aktuelle Gebietskulisse nicht nachvollziehbar. Erst wenn es eine nachvollziehbare Zuordnung von einem roten Brunnen und der Ausweisung eines roten Gebietes gibt, werden wir Akzeptanz erzielen. Das gelingt nur bei einer kleinteiligeren Betrachtungsweise. Um das zu gewährleisten, sind die Verfahren zur Regionalisierung zwingend anzuwenden. Hierzu müssen Umweltministerium und NLWKN mit einem erweiterten Messstellennetz die Basis für die Regionalisierung und einen verursachergerechten Ansatz schaffen“, fordert der Agrarpolitiker.

Nach Aussage von Experten verfügt Niedersachsen über das größte Messstellennetz aller Bundesländer. Demnach stehen Daten zu mehr als 5.000 Grundwassermessstellen digital zur Verfügung. „Wir haben hier in Niedersachsen deutlich mehr potentielle Messstellen zur Verfügung als für ein Regionalisierungsverfahren fachlich erforderlich. Den Landwirtinnen und Landwirten ist nicht zu erklären, warum Mecklenburg-Vorpommern mit einem geringen Pool an Messstellen eine Regionalisierung umsetzen kann, dies in Niedersachsen aber nicht möglich sein soll“, kritisiert der Umweltpolitiker Martin Bäumer. Darüber hinaus könnten die Länder nach § 5 der AVV weitere Messstellen im Rahmen der Regionalisierung hinzuziehen, wie beispielsweise Brunnen zur Trinkwassergewinnung oder landwirtschaftlichen Bewässerung.

„Die benötigte Datenbasis könnte also zügig geschaffen werden, wenn der Wille dazu besteht. Umweltministerium und NLWKN sollten dem Landwirtschaftsministerium die benötigte Datengrundlage für eine Regionalisierung kurzfristig bereitstellen, damit die verursachergerechte Ausweisung erfolgen kann“, so die beiden Fachpolitiker abschließend.

Althusmann: Schulden durch Wirtschaftskraft zurückfahren

Hannover. Dr. Bernd Althusmann, Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, erwartet ein sofortiges Einstellen der Debatte um eine mögliche Aufweichung der Schuldenbremse und hält eine solche nicht für zielführend.

„Die Schuldenbremse hat sich als wirksames Instrument bewährt für eine Politik der Generationengerechtigkeit“, erklärt Bernd Althusmann. „Wir wollen dafür sorgen, dass aus der Corona-Krise eine Chance für einen Neubeginn werden kann. Besonders der Bereich Digitalisierung symbolisiert dabei den Aufbruch in die Zukunft, denn hier wurden bereits viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Deutschland gestärkt aus der Pandemie hervorgehen zu lassen. Als Union wollen wir Wachstum und Investitionen weiter ankurbeln, aber nicht durch eine weitere Ausweitung der Verschuldung. Das beste Konjunkturprogramm wäre eine drastische Deregulierung und Entbürokratisierung



unserer Wirtschaft. Eine Lockerung der Schuldenbremse ist eine schwere Belastung der Zukunft. Betriebe und Wirtschaftszweige, die durch die Pandemie über Monate schließen mussten, müssen wir jetzt verstärkt entlasten. Unser Ziel ist ein Neustart in Deutschland für gezielte Investitionen.“ Althusmann weiter: „Alle Maßnahmen sind dabei in Einklang mit der Schuldenbremse zu bringen. Unser Ziel ist es auch hier, die Schulden durch Wirtschaftskraft zurückzufahren und ein Zukunftspaket für die kommenden Jahre zu schnüren.“

Schmädeke: Niedersachsen für Folgen des Klimawandels wappnen – Koalition bringt effizientes Wassermanagement auf den Weg

Hannover. Versorgungssicherheit in Dürrezeiten, Sicherung der Wasserqualität und Hochwasserschutz: Mit großer Mehrheit hat der Landtag den gemeinsam mit zahlreichen Fachverbänden und Experten erarbeiteten Maßnahmenkatalog zur Anpassung des Wassermanagements auf den Klimawandel verabschiedet. In ihrem Antrag sieht die Koalition von CDU und SPD unter anderem vor, den mengenmäßigen Zustand des Grundwassers zu verbessern und gleichzeitig den Hochwasserschutz sicherzustellen. Dazu sollen Maßnahmen gefördert werden, die der Grundwasserneubildung durch gezielten Wasser-rückhaltung im Binnenland nützen. Hierzu gehört, den Wasserabfluss im Binnenland periodisch zu verlangsamen und die Förderung neuer technischer Speicheranlagen zu prüfen. „Nach dem Niedersächsischen Weg und dem ersten Landesklimaschutzgesetz in Deutschland ist die Reform des Wassermanagements ein dritter großer Baustein unserer nachhaltigen Umweltpolitik“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Schmädeke.



„Niedersachsen hat kein Mengenproblem, sondern ein Problem mit der räumlichen und auch zeitlichen Verteilung der Niederschläge. Es ist zu befürchten, dass die Auswirkungen des Klimawandels diesen Effekt verschärfen und damit zu weiteren regionalen Engpässen von Trink- und Brauchwasser führen“, so Schmädeke weiter. „Ein effizientes Wassermengen-Management soll uns dabei helfen, diese Entwicklung zu entschärfen und Engpässe sowohl bei der öffentlichen Wasserversorgung als auch bei Industrie und Landwirtschaft zu vermeiden. Unser Ziel ist, mit einer nachhaltigen Strategie Wasser an jedem Ort in Niedersachsen zu schützen sowie in ausreichender Menge und in einwandfreier Qualität zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.“

Auch auf der Verbraucherseite werde man agieren: „Wir wollen die Gründung von Beregnungsverbänden unterstützen und wassersparende Beregnungstechniken fördern, zum Beispiel durch eine entsprechende Agrarförderprogramme. Insgesamt soll die Entnahme von Wasser intensiver überwacht und besser gesteuert werden“, so Schmädeke abschließend.

Bley: Sind zuversichtlich, dass die vielen Förderprogramme des Landes und des Bundes helfen, die Probleme der Wirtschaft abzumildern



Hannover. „Während Teile der Wirtschaft trotz Corona noch gut laufen, gibt es Branchen, wie den Tourismus, die Gastronomie oder die Veranstaltungsbranche mit nachgelagerten Bereichen, die ums Überleben kämpfen“, so Karl-Heinz Bley, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion während der heutigen Sondersitzung des Landtages. Zu den stark betroffenen Bereichen gehörten auch noch u.a. auch noch das Schaustellergewerbe, der Einzelhandel und die Soloselbstständigen. „Trotzdem sind wir zuversichtlich, dass die vielen Förderprogramme des Landes und des Bundes helfen die Probleme abzumildern, unsere Wirtschaft wieder anspringt und die Steuereinnahmen sich wieder einstellen. Daran

werden unsere weitsichtige Wirtschaftspolitik mit Konjunkturprogrammen, die unser Wirtschaftsminister in Teilen des zweiten Nachtragshaushaltes auf den Weg gebracht hat, einen wesentlichen Anteil haben“, so der Wirtschaftspolitiker. „Wenn wir unsere Landesförderungen anschauen, wie unproblematisch und schnell die Fördermittel bereitgestellt werden, kann sich der Bund davon eine Scheibe abschneiden. Da ist noch Luft nach oben um schneller und unbürokratischer zu werden“, so Bley.

Meyer: Können jedem bis zum Jahresende ein Impfangebot machen – jetzt breite Informationskampagne starten

Hannover. Angesichts der aus Sicht vieler nur schleppend gestarteten Impfkation in Deutschland wollen die Regierungsfractionen von CDU und SPD die Bevölkerung besser und umfassender über die Impfung informieren. „In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, dass von Beginn für alle der benötigte Impfstoff zur Verfügung steht, und jeder sofort geimpft werden kann“, sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Meyer, in der heutigen Landtagssitzung. „Es ist uns bisher leider nicht gelungen, deutlich zu machen, warum das nicht der Fall ist und uns zunächst keine unbegrenzte Menge an Impfdosen zur Verfügung steht.“



In ihrem Entschließungsantrag bittet die Koalition die Landesregierung, die Bevölkerung niedrigschwellig auf allen verfügbaren Kanälen über die zur Verfügung stehenden Impfstoffe, die Sinnhaftigkeit und Risiken einer Impfung, die Priorisierung der Impfberechtigten, die Terminierung und den Ablauf der Impfung zu informieren. „Die Bundesrepublik hat so viele Impfdosen bestellt, dass – wenn die Hersteller ihre Zusagen einhalten – man jeder Bürgerin und jedem Bürger bis zum Jahresende ein Impfangebot machen kann“, so Meyer abschließend.

Bock: Abschlussklassen dürfen nicht zu Verlierern der Pandemie werden

Hannover. „Es ist viel darüber gesprochen worden, welche Auswirkungen Distanzunterricht, der Ausfall von Präsenzunterricht auf die Schüler und die ganze Art des derzeitigen Lernens auf die einzelnen Altersgruppen hat. Eine Gruppe dürfen wir nicht vergessen, die vor besonderen Herausforderungen steht - nämlich die der Abschlussklassen, der zukünftigen Berufseinsteiger“, stellte Bildungspolitiker André Bock klar. Diese stünden vor besonderen Herausforderungen, da deren Weichenstellung für die Zukunft unmittelbar bevorstehe und eben nicht mehr viel Zeit sei, Defizite aufzufangen, wie bei jüngeren Jahrgängen. „Der Lockdown und die Schulschließungen treffen diejenigen Jugendlichen besonders hart, die in diesem Sommer nach der Schule eine Ausbildung beginnen wollen. Gerade die letzten Wochen und Monate der Schulzeit sind für Schüler, die nach der neunten oder zehnten Klasse die Schule verlassen, sehr wichtig“, so der Schulexperte. Hier finde normalerweise intensiver, berufsvorbereitender Unterricht statt, hier stünden normalerweise die Berufspraktika an und die Jugendlichen könnten sich bei Ausbildungsbörsen und Messen über



Ausbilder und Betriebe informieren und Kontakte knüpfen.

„Im Moment fällt vieles davon weg, auch wenn diese Klassen im Szenario B sind. Praktika sind aus Infektionsschutzgründen nur sehr eingeschränkt möglich, viele Betriebe wie Hotels, Restaurants oder Friseure sind im Lockdown“, so Bock. Viele Schulabgänger seien zudem bei der Ausbildungssuche auf intensive Unterstützung durch ihre Lehrer angewiesen – auch diese Hilfe sei im Moment oft schlicht weggebrochen. „Es müssen für Schulen, Arbeitgeber und Bildungsträger, mit ihnen gemeinsam, dringend Wege gefunden werden, um Schüler und Betriebe auch unter Lockdown-Bedingungen zusammenzubringen Auch diese Gruppen dürfen nicht zu Verlierern der Pandemie werden“, so der Bildungspolitiker.

Schünemann: Es gibt keinen guten Extremismus, jede extremistische Straftat muss mit aller Härte und Konsequenz verfolgt werden

Hannover. „Von allen Formen des gewaltbereiten Extremismus gehen erstzunehmende Gefahren aus. Auch Linksextremisten sind zu allem entschlossen und schrecken vor Gewalt gegen Sachen und Menschen nicht zurück“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann in der aktuellen Stunde der CDU-Fraktion zum Thema Linksextremismus. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stelle eine deutliche Radikalisierung in Teilen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene fest. „Schwere Körperverletzungen der Opfer bis hin zum möglichen Tod werden billigend in Kauf genommen“, heißt es wörtlich in dem Bericht so Schünemann. „Jede extremistische Straftat muss mit aller Härte und Konsequenz verfolgt werden. Es darf keine Priorisierung bei den Strafverfolgungsbehörden aufgrund von Personalmangel geben“, so Schünemann. Daher sei eine personelle Verstärkung des Staatsschutzes und des Verfassungsschutzes zwingend erforderlich und ausverhandelte neue Überwachungsbefugnisse müssen unverzüglich umgesetzt werden. „Es darf aber auch keine Priorisierung bei der Intervention und Prävention geben. Wir sind unserer Justizministerin dankbar, dass sie von Anfang an alle Formen des Extremismus in den Blick genommen hat und die Arbeit des Landespräventionsrates entsprechend breit aufgestellt hat“, so der Innenexperte. „Eines muss uns immer klar sein: Es gibt keinen guten Extremismus. In unserem Rechtsstaat gibt es keine Legitimation von Gewalt von Bürgerinnen und Bürger egal gegen wen sie gerichtet ist“, so der stellvertretende Fraktionschef. Deutschland sei ein Rechtsstaat, das Gewaltmonopol liege beim Staat, unser Land sei aber auch eine streitbare wehrhafte Demokratie. „Über allem steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Botschaft sollten wir unseren Kindern zu jederzeit, an jedem Ort und in nicht zu übertreffender Klarheit vermitteln“, so Schünemann abschließend mit Blick auf die über 5 Prozent der Schüler, die sich bewusst zu linksextremen, militanten Einstellungen bekennen.



Kai Seefried am Bürgertelefon

Landkreis Stade. Der CDU-Landtagsabgeordnete und Landratskandidat Kai Seefried steht am 4. Februar von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr bei einem Bürgertelefon für das direkte Gespräch zur Verfügung. „Gerade jetzt, in dieser wieder einmal schweren Zeit der Corona-Krise, fehlt es an Gesprächen, an Dialog und Kommunikation. Gleichzeitig gibt es viele Fragen und viele Menschen sind in großer Sorge. Daher ist es mir ganz besonders wichtig immer wieder zu betonen, dass ich für das direkte Gespräch und den Austausch zur Verfügung stehe“, so Kai Seefried. Ein großer Teil der Kommunikation läuft bereits seit Monaten über Videokonferenzen. „Mir ist es aber wichtig, gerade auch ein Angebot an diejenigen zu machen, die technisch nicht unbedingt über die Möglichkeiten für Videokonferenzen verfügen. Daher werde ich in den nächsten Wochen auch verstärkt den Weg über das Telefon anbieten“, erklärt Kai Seefried. Das Bürgertelefon ist zu erreichen unter Tel. 04141-518613. Eine telefonische Voranmeldung oder Terminvereinbarung ist nicht notwendig. Kai Seefried bittet aber um Verständnis, falls die Leitung belegt ist oder nicht sofort zurückgerufen werden kann. Zusätzlich zum Bürgertelefon weist er darauf hin, dass er auch jederzeit unkompliziert und direkt per Email unter mail@kai-seefried.de zu erreichen ist und für entsprechende Anfragen gerne zur Verfügung steht.

The flyer features a portrait of Kai Seefried on the left. On the right, there is a CDU logo with the website www.kai-seefried.de. The text reads: "Donnerstag, 4. Februar von 19 bis 21 Uhr", "Immer ein offenes Ohr.", "Kai Seefried am Bürgertelefon.", and "Mein Herz für den Landkreis Stade". A phone icon is next to the text "Bürgertelefon 04141-518613". At the bottom, there is a silhouette of a town skyline.

Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke: Landesregierung unterstützt den ÖPNV im Landkreis Stade mit 1,8 Millionen Euro.



Landkreis Stade. Die Corona-Krise hat dafür gesorgt, dass die Menschen insgesamt weniger, aber auch mehr mit dem Auto und dem Fahrrad unterwegs sind. „Besonders wichtig ist es jetzt in dieser Zeit, dass der öffentliche Personennahverkehr weiterhin ein attraktives Angebot bietet. Es muss weiterhin das Ziel sein, den Anteil des ÖPNV weiter auszubauen um damit auch einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten“, so der CDU-Landtagsabgeordnete und Landratskandidat Kai Seefried. Sein Landtagskollege Helmut Dammann-Tamke pflichtet ihm bei: „Wir müssen verhindern, dass der ÖPNV dauerhaft geschwächt wird und wir wollen nach der Krise erneut Höchststände bei den Fahrgastzahlen erreichen, wie es bereits vor Corona der Fall war.“

Dafür beteiligt sich Land Niedersachsen in diesem Jahr mit einem Rekordvolumen von rund 157 Millionen Euro an insgesamt 324 Projekten zum Ausbau und zur Verbesserung des ÖPNV im ganzen Land. Im Landkreis Stade werden damit zehn Maßnahmen mit insgesamt 1.789.525 Euro gefördert. Durch diese Förderung werden Investitionen in einer Höhe von rund drei Millionen Euro ausgelöst.

Die Projekte im Landkreis Stade umfassen in Buxtehude die Erweiterung der P+R-Anlagen am Bahnhof um 30 Stellplätze. Von den Gesamtkosten i.H.v. 326.638 Euro übernimmt das Land 128.700 Euro. In Kutenholz wird eine neue Lichtzeichenanlage mit Halbschranken am Bahnübergang Birkenweg errichtet. Von den hier entstehenden Kosten i.H.v. 346.274 Euro erfolgt ein Zuschuss von 86.568 Euro.

In Harsefeld findet die Grunderneuerung von sechs Bushaltestellen im Umfang von 189.176 Euro statt, die durch das Land mit 135.713 Euro bezuschusst wird. Auch in Apensen werden acht Bushaltestellen grunderneuert. Kosten: 221.650 Euro. Zuschuss: 166.237 Euro. Auch Bargstedt profitiert von Zuschüssen in Höhe von 198.637 Euro zu einer Maßnahme zur Grunderneuerung von acht Bushaltestellen mit einem Kostenumfang von 264.850 Euro. Auch in Beckdorf werden acht Bushaltestellen grunderneuert. Bei Kosten von 257.400 Euro erfährt das Projekt eine Unterstützung von 193.050 Euro. Auch in Sauensiek werden acht Bushaltestellen saniert, Projektkosten: 332.200 Euro. Zuschuss: 249.150 Euro. In Buxtehude werden acht Bushaltestellen grundsaniert und auch neugebaut. Die Maßnahme kostet 375.161 Euro und wird mit 269.137 Euro bezuschusst. In Stade-Wiepenkathen werden sechs Bushaltestellen grunderneuert. Kosten der Maßnahme: 252.578 Euro. Zuschuss: 189.433 Euro.

Ein weiterer Maßnahmenswerpunkt ist die Beschaffung von Bussen und Straßenbahnen. Hier profitieren Unternehmen in Ahlerstedt und Harsefeld bei der Beschaffung neuer Busse mit knapp über einem Drittel der Anschaffungskosten bezuschusst werden.

Die Corona-Pandemie trifft den ÖPNV landesweit mit Fahrgastrückgängen um bis zu 80 Prozent. Neben der jährlichen Landesförderung hat die Landesregierung zur Unterstützung der Verkehrsunternehmen und ÖPNV-Aufgabenträger für die Bewältigung der Corona-Pandemie einen Rettungsschirm aufgespannt. Aus dem Bundeshaushalt (212 Millionen Euro) und dem Landeshaushalt (190 Millionen Euro) stehen 402 Millionen Euro für die Schadensausgleiche zur Verfügung.

Die Landesregierung ermöglicht mit dem ÖPNV-Jahresförderprogramm 2021 Investitionen von insgesamt rund 319 Millionen Euro in ganz Niedersachsen in allen Bereichen des ÖPNV.

Im Einzelnen umfasst das ÖPNV-Jahresförderprogramm 2021:

- 55 Neu- und Ausbautvorhaben im straßengebundenen ÖPNV mit insgesamt 94 Millionen Euro Förderung (Stadt- und Straßenbahninfrastruktur, Park&Ride- und Bike&Ride-Anlagen, allein 27 größere Bushaltestellen und

TERMINE KAI SEEFRIED

3. Februar 19.30 Uhr
Kreisvorstandssitzung CDU Stade

4. Februar 19.00 – 21.00 Uhr
Bürgertelefon Kai Seefried

5. Februar 16.00 Uhr
Landesvorstandssitzung der CDU
in Niedersachsen (digital)

6. Februar 9.30 Uhr
Digitaler Landesparteitag der
CDU in Niedersachsen

10. Februar 14.00 Uhr
Welterbe Altes Land, Online-
Meeting zum Bewerbungs-
verfahren auf Landesebene

11. Februar 19.00 Uhr
„CDU im Gespräch“ des CDU-
Stadtverbands Pattensen

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

1. Februar
Klausurtagung des geschäfts-
führenden Fraktionsvorstands in
Hannover

2. Februar
Digitale Klausurtagung des
Fraktionsvorstands

3. Februar
Bundesfachausschuss Umwelt
und Landwirtschaft (digital)

5. bis 6. Februar
Loccumer Landwirtschaftstagung
2021 (digital)

6. Februar
Digitaler Landesparteitag der
CDU in Niedersachsen

11. Februar
DLG-Wintertagung (digital)

*Die hier dargestellten Termine sind
nur eine kleine Auswahl der Termine
der beiden Landtagsabgeordneten.*

Busbahnhöfe, Busbetriebshöfe, ÖPNV-Beschleunigungen, Echtzeitinformationssysteme für Fahrgäste und auch 42 Stadtbahnwagen in Hannover).

- 1.081 Bushaltestellen werden modernisiert und barrierefrei gestaltet mit insgesamt rund 38,5 Millionen Euro Förderung.

- ein Projekt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) wird mit rund 87.000 Euro Förderung unterstützt. Zusätzlich werden außerhalb des ÖPNV-Jahresförderprogramms eine Vielzahl von SPNV-Projekten aus gesonderten Mehrjahresprogrammen (z.B. Niedersachsen ist am Zug - NiaZ, Zukunftsinvestitionsprogramm - ZIP) gefördert. Konkret sind 2021 Modernisierungen von weiteren fünf Bahnstationen vorgesehen.

- 235 ÖPNV-Omnibusse, voraussichtliche Gesamtförderung: 25 Millionen Euro; dazu kommen weitere Anträge für 77 ÖPNV-Omnibusse, die in den nächsten Wochen in die Förderung aufgenommen werden sowie bis zu 33 Busse aus einer EFRE-Förderung für CO2-freie und CO2-arme Busse; insgesamt 78 und damit mehr als jeder fünfte davon mit Elektro-, Gas- oder Hybridantrieb, darunter erstmals bis zu 10 Wasserstoff-Brennstoffzellenbusse.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Kontakt

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Poststr. 34
21682 Stade

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de